



Medieninformation

IG Metall Bezirk Frankfurt

29. Oktober 2010
Nr. 34/2010

Vertrauensleute-Konferenz

IG Metall fordert betriebliche Lohnzuschläge

Bad Soden/Ts. IG Metall und Betriebsräte prüfen in den nächsten Wochen, in welchen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie im Bezirk Frankfurt, also in Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und in Thüringen, die für 2011 vorgesehene Tarifierhöhung in Höhe von 2,7 Prozent von April auf Februar 2011 vorgezogen werden kann. IG Metall-Betriebsleiter Armin Schild forderte am Freitag auf der Vertrauensleute-Konferenz vor 150 Betriebsräten und Vertrauensleuten seiner Gewerkschaft in Bad Soden am Taunus die Unternehmen auf, „dem Beispiel von Bosch und anderen zu folgen und dort, wo die Voraussetzungen gegeben sind, die Tarifierhöhung so früh wie möglich, an die Beschäftigten weiterzugeben. Der Tarifabschluss vom Februar 2010 biete ausdrücklich die Option, die anstehende Tarifierhöhung in Höhe von 2,7 Prozent um zwei Monate vorzuziehen. "Die Arbeitgeber haben diese Flexibilität immer wieder gefordert, jetzt sind sie am Zug", sagte der Betriebsleiter.

In vielen Betrieben sind nach Überzeugung der IG Metall sogar darüber hinaus gehende betriebliche und übertarifliche Zahlungen möglich. "Die Beschäftigten haben in der Krise mit hunderttausendfacher Kurzarbeit ihren Solidarbeitrag zur Bewältigung einer Krise geleistet, die andere verursacht haben. Wenn jetzt Aufträge und Gewinne weit über das erwartete Maß sprudeln und dank dieser Solidarleistung die Belegschaften noch da sind, die diese Umsätze einfahren können, dann gehört ein großes Stück des Kuchens auf jeden Fall ihnen."

Der Flächentarifvertrag bilde den Durchschnitt der Branche ab, die aktuellen unerwarteten Erfolge der Exportunternehmen "können, sollen und müssen durch betriebliche Lohnpolitik berücksichtigt werden," so Schild.

Zufrieden zeigte sich die Gewerkschaft mit der Beteiligung an den Protestkundgebungen der letzten Wochen gegen die Sparpolitik der Bundesregierung. Derzeit liege der Schwerpunkt bei betrieblichen Informationsveranstaltungen und Aktionen, insbesondere gegen die Rente mit 67. Mitte November werde es zusätzlich regionale Kundgebungen und Proteste geben.

Zentrale Veranstaltungen im Bezirk Frankfurt sind am:

- 10. November in Frankfurt**
- 11. November in Kaiserslautern**
- 12. November in Koblenz**
- 13. November in Erfurt**

In den Betrieben sei die Unzufriedenheit mit den Entscheidungen der Bundesregierung groß. Ob Rente mit 67, unsoziale Sparpolitik, offener Bruch der paritätischen Finanzie-

rung der sozialen Sicherung durch die Gesundheitsreform, alles gehe einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer. Regionalen Erhebungen der IG Metall zufolge, seien nur unter 2 Prozent der regulär Beschäftigten älter als 63 Jahre. Das zeige, wie spitzfindig und halbwehr die Bundesregierung zur Rente mit 67 argumentiere.

Diese Verbiegung der Wirklichkeit setze sich bei den Arbeitsmarktdaten fort. "Hartz IV hat nicht Arbeit geschaffen, sondern Armut. Die Menschen erleben einen Beschäftigungsaufbau, der diese Armut in Form von unfairer Leiharbeit an die Arbeitsplätze holt", so Bezirksleiter Armin Schild.

Er kündigte an, dass seine Organisation "auch über den 13. November hinaus zur Notwehr der Mehrheit gegen den Regierungslobbyismus und die immer weiter ausartende soziale Schieflage aufrufen und mobilisieren wird." Der November sei nur eine "Zwischenetappe des Protests," so Schild.

IG Metall Bezirk Frankfurt für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen

Presse, Medien, Kommunikation

bezirk.frankfurt-am-main@igmetall.de

<http://www.igmetall-bezirk-frankfurt.de>

Tel.: 069-6693-3303 /mobil: 0170-3333-667

Verantwortlich: Jörg Köhlinger